



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: Investitionsrahmenplan bringt Planungs- und Investitionssicherheit

Investitionsrahmenplan vom Bundesverkehrsministerium beschlossen

Berlin/Viernheim, 27. Oktober 2006 - **Grünes Licht gab es heute für wichtige Verkehrsprojekte im Kreis Bergstraße. Verkehrsminister Tiefensee stellte den Investitionsrahmenplan für die Jahre 2006 vor 2010 vor, der auch den Neubau einer zweiten Rheinbrücke nach Worms (hessischer Anteil) und die Ortsumgehung Groß-Rohrheim im Zuge der B 44 enthält. Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht begrüßte diese Mittelfristplanung als wichtiges Signal für die Verkehrsinfrastruktur im Kreis Bergstraße.**

Der integrierte Ansatz der Verkehrspolitik der Koalition soll zukünftig auch bei der Investitionsplanung verfolgt werden. Deshalb wurde die 5-Jahresplanung (FJP), die auf Grundlage der einzelnen Ausbaugesetze für Bundesschienenwege und Bundesfernstraßen bisher einzeln erstellt wurde, als ein Verkehrsträger übergreifender „Investitionsrahmenplan für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes für den Zeitraum 2006 – 2010“ - (Investitionsrahmenplan - IRP) weiterentwickelt.

Der IRP legt die mittelfristige Investitionsstrategie zur Umsetzung der Verkehrspolitik fest und schafft die notwendigen Rahmenbedingungen für Planungs- und Investitionssicherheit. Damit wird eine Priorisierung von Verkehrsprojekten vorgenommen. Diese prioritären Maßnahmen umfassen Erhaltungsinvestitionen in Höhe von 25 Mrd. Euro und den Investitionsbedarf in Höhe von 50 Mrd. Euro für Neu- und Ausbautvorha-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

ben, die in 2006 – 2010 abgeschlossen, weitergeführt bzw. in Angriff genommen werden sollen.

„Gemeinsam mit Land und Kommunen gilt es nun weiter am Ball zu bleiben, damit alle Maßnahmen Baurecht erlangen. Umso schneller man sich auf kommunaler Ebene einigt, die Planung vorantreibt und umso effektiver das Land arbeitet, um so eher können Projekte auch die entsprechende Priorisierung durch den Bund erfahren.“, erklärt Lambrecht. „Die Aufnahme in den Investitionsrahmenplan ist ein ganz wichtiger Schritt in Richtung Realisierung.“